

**Aktivitäten der Bürgerinitiative gegen Elektromog Halle(Saale)
Referat auf dem Mobilfunksymposium am 23.10.2004 in Naumburg/Saale**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Naumburger,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

vorerst möchte ich Herrn Oliver Wendenkampf, gesundheitspolitischer Sprecher des BUND e.V. und Landesgeschäftsführer des Landes Sachsen-Anhalt, für die Organisation dieses Mobilfunksymposiums recht herzlich danken. Er hat die Bürgerinitiative gegen Elektromog Halle in Veranstaltungen stark unterstützt. Ich werde später darauf zurückkommen.

Besonders möchte ich auch dem Bürgermeister der Stadt Naumburg danken, dass er dieses Symposium begleitet. Das ist bei einem solchen Thema keine Selbstverständlichkeit in Deutschland.

Dieses Mobilfunksymposium ist in seiner Art das Erste in den neuen Bundesländern. Darauf können wir mit Recht Stolz sein.

Nun lassen Sie mich zu meinem eigentlichen Vortrag kommen. Ich möchte Ihnen erzählen, wie es zur Gründung der Bürgerinitiative kam und welche Aktivitäten wir in Halle unternommen haben.

Im Jahre 1998 wurde auf dem Hochhaus der Bodestr. 2 in Halle in ca. 150 m Luftlinie von unserer Wohnung in der Bodestr. 1 eine Mobilfunkstation errichtet, die im Herbst 1993 mit UMTS-Antennen erweitert wurde. Im Laufe der Zeit bekam ich immer mehr Schlaf- und Herzrhythmusstörungen, wegen denen ich zweimal auf der Intensivstation lag, ohne dass ein wesentlicher organischer Befund nachgewiesen werden konnte.

Es musste leider bis Anfang 2004 dauern, dass ich meine Beschwerden mit der Mobilfunkstation in Verbindung brachte. Ein Studium von Büchern über Elektromog und Internetrecherchen folgten.

Die erste Aktion in Halle war die Verteilung des „Freiburger Appells“, den bereits 1.500 bekannte Ärzte und Professoren sowie 40.000 Unterstützer unterschrieben hatten, an die OB der Stadt Halle, Frau Ingrid Häußler, sowie an die Stadträte und evangelischen und katholischen Pfarreien mit sehr mäßiger Reaktion. Das war für mich insofern unverständlich, da der „Freiburger Appell“ auf die immer steigende Anzahl von chronischen Krankheiten hinweist, die immer weniger von den Ärzten beherrscht werden. Darum wird im „Freiburger Appell“ gefordert, den Grenzwert der 26. Bundesimmisionsschutzrichtlinie drastisch zu senken und die schurlos Telefone nach DECT-Standard zu verbieten. Eine weitere Forderung ist, dass den Bürger ein Mitspracherecht bei der Standortplanung von Mobilfunkstationen eingeräumt werden sollte.

Am 05. April diese Jahres wurde die Bürgerinitiative gegen Elektromog Halle in einer Sprechstunde bei der Oberbürgermeisterin und ehemaligen Umweltministerin von Sachsen-Anhalt , Frau Ingrid Häußler, mit einem Offenen Brief vorstellig. Hier war

auch Herr Oliver Wendenkampf zugegen. Wir brachten in diesem Brief den Wunsch zum Ausdruck, dass die Stadt Halle uns bei der Gründung eines Vereins ideell und materiell unterstützen möge. Der Hinweis darauf, dass das Berufsbild des Umweltmediziners und Baubiologen besonders bekannt gemacht wird, war uns besonders wichtig. Denn in Halle gibt es keinen so dringend erforderlichen Umweltmediziner bzw. Baubiologen. Nach der Übergabe von umfangreichen Materialien zum Thema Elektrosmog auch von Herrn Oliver Wendenkampf an die Oberbürgermeisterin, appellierten wir mit großer Eindringlichkeit, dass sich die Stadt Halle zur 1200-Jahrfeier im Jahre 2006 das Ziel setzen möge, eine elektrosmogärmere Stadt ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit zu werden. Die Oberbürgermeisterin versprach, unser Anliegen prüfen zu lassen.

Am 16.04. dieses Jahres erschien in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) ein Beitrag über uns mit dem Titel „Bürgerinitiative wehrt sich gegen Mobilfunkstationen, Antennenanlagen kritisiert – Gespräch mit Häußler“. Weitere uns bekannte Leserschriften zu diesem Artikel wurden aus bekannten Gründen nicht veröffentlicht.

Am 30.04. dieses Jahres organisierte die Bürgerinitiative gegen Elektrosmog in 13 Wohnungen von Bürgern der Stadt Halle Hochfrequenzmessungen, die von dem Baubiologen, Herrn Udo Killmey, durchgeführt wurden. Dabei ergab sich, dass durch schnurlos Telefone nach DECT-Standard oft größere Strahlung ausgeht als durch Mobilfunkstationen. Diese Telefone strahlen rund um die Uhr auch wenn nicht telefoniert wird. Wir gaben den Bürgern den Rat, die Telefone nach DECT-Standard durch Geräte nach CT1+-Standard auszutauschen.

Vom 07. bis 09. Mai dieses Jahres war die Bürgerinitiative gegen Elektrosmog Halle auf der Messe für umweltbewusste Produkte und Dienstleistungen (ÖKO trend) auf einem Gemeinschaftsstand, der von unserem heutigen Referenten und Baubiologen Herrn Udo Killmey, organisiert wurde, vertreten. Hier hielt unser heutiger Referent, Herr Dipl.-Phys. Dr. Stefan Spaarmann aus Taucha bei Leipzig, am 08. Mai den viel beachteten Vortrag zum Thema „Gesundheitsverträglicher Mobilfunk – ist das möglich?“

Im Mai wurde mir das Vorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Titel „Alternative Funksysteme mit minimaler Strahlungsdichte im digitalen Rundfunk, Mobilfunk, drahtlosen LANs“, die so genannte „miniWatt“-Studie bekannt. Das Vorhaben wurde koordiniert und der Abschlussbericht wurde vorgelegt von Prof. Dr. Wiesbeck vom Institut für Höchstfrequenztechnik der Universität Karlsruhe. Diese „miniWatt“-Studie, die von uns Steuerzahlern mit 1 Million Euro finanziert wurde, zeigt, dass die Bevölkerung durch Anwendung neuer Technologien mit geringer Strahlenbelastung rechnen könnte.

Gleichzeitig erfuhr ich von dem von Prof. Eberhard Herter entwickelten „Universellen Teilnehmer-Anschlussnetz „UTelNet“, welches das UMTS-Netz überflüssig machen würde. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass ich mich besonders freue, ihn hier in Naumburg als Referenten begrüßen zu können und ihm danke, dass er immer bereit war, mich mit umfangreichen Materialien für Veranstaltungen zu versorgen. Mobil- und Festnetz sollen in „UTelNet“ zusammengeführt werden, um die begrenzte Res-

source Frequenzband optimal zu nutzen, die Ausnutzung vorhandener Anschlussleitungen wesentlich zu verbessern und die Umweltbelastung durch Funksignale wenigstens eine Größenordnung zu vermindern.

In einem Redebeitrag der Bürgerinitiative gegen Elektrosmog am 18.05 auf der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften zum Thema „ Ausbaustand der UMTS-Netze in der Stadt Halle“, in der auch Herr Oliver Wendenkampf sprach, haben wir vorgeschlagen, in Halle einen Runden Tisch ins Leben zu rufen, der für die Stadt Halle als erste Modellstadt in Deutschland ein Mobilfunk-Vorsorgemodell auf der Grundlage der eben genannten Funktechnologien erarbeitet und durchsetzt. Wir wiesen darauf hin, dass die 26. Bundesimmissionsschutzrichtlinie, die bekanntlich die Grenzwerte für Deutschland festlegt, uns nur vor den thermischen aber nicht vor den athermischen Wirkungen der elektromagnetischen Strahlung schützt. Abgesehen von den erheblichen gesundheitlichen Problemen haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass kaum ein Versicherungsunternehmen in Deutschland die Risiken für die gewerblich betriebenen Mobilfunkstationen abdeckt und dass Immobilien, auf denen Mobilfunkstationen stehen, stark in ihrem Wert einbüßen.

Weiterhin haben wir auf dieser Sitzung bemängelt, dass die Stadt Halle die bekannte „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ vom 09. Juli 2001, die so genannte Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber nur schlecht wahrnimmt. In den folgenden drei Punkten ist das Wesentliche dieser Vereinbarung zusammengefasst:

1. umfassende und rechtzeitige Informationen der Kommunen über die bestehenden und zukünftigen Antennenstandorte für Mobilfunknetze,
2. abgestimmte Vorgehensweise beim Bau neuer Sendeanlagen und
3. allgemeine Maßnahmen, die vor allem die zukünftige Entwicklung betreffen.

Einen ähnlichen Redebeitrag haben wir dann in der Einwohnerfragestunde zur 54. Sitzung des Stadtrates der Stadt Halle am 26.05.2004 gehalten. Die Frau OB Ingrid Häußler sagte erneut Prüfung der Unterlagen zu. Bis jetzt sind bei mir zwei Briefe der Stadt Halle eingegangen, die nicht erkennen lassen, dass sich bezüglich unseres Vorschlages „Runder Tisch“ etwas tun wird. Im Gegenteil. Eine Anfrage von mir an das Bauaufsichtsamt der Stadt Halle Anfang Juni dieses Jahres bezüglich Mobilfunkantennen in reinen Wohngebieten wurde jetzt nur sehr mangelhaft beantwortet, als Bauvoranfrage gewertet und mit einer „Strafgebühr“ von 50,- € belegt. Mein Widerspruch wurde mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Daraus kann ich nur erkennen, dass ich mit solchen Mitteln als Sprecher der Bürgerinitiative gegen Elektrosmog **mundtot** gemacht werden soll. Trotzdem werde ich nicht aufgeben !

Gestatten Sie zum Schluss meiner Ausführungen Ihnen noch einige Hinweise zu geben. Einerseits müssen wir alles daran setzen, dass die oben genannten Funk-

technologien so schnell wie möglich in die Praxis umgesetzt werden und zwar zuerst als Insellösungen (z.B. Kleinstadt oder Dorf). Andererseits müssen wir die durch die Umweltbelastung Elektrosmog und andere Umweltbelastungen angegriffenen „Körperkräfte“ durch natürliche biochemische und biophysikalische Mittel und Methoden stärken. Nähere Auskünfte dazu können Sie gerne bei mir erfragen.

**Helfen wir alle mit, dass unser Blauer Planet Erde noch lange lebenswert bleibt.
Tun wir es für uns selbst, für unsere Kinder und Kindeskindern !
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit !**

Adresse des Verfassers:

**Dipl.-Phys. Helmut Gobsch
Max-Reger-Str. 15
D – 06110 Halle
Tel. & Fax: 0345 – 80 40 559
e-mail: helmut@gobsch.de
<http://umweltundgesundheit.twoday.net/>**

